

Laibacher Zeitung.

N^o 128.

Montag am 7. Juni

1852.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 fr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbjährig 30 fr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 fr. — Inzerationsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 fr., für zweimalige 4 fr., für dreimalige 5 fr. G. M. Inzerate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 fr. für 2 Mal und 40 fr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Inzerationsstempel“ noch 10 fr. für eine jedermalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Ämtlicher Theil.

Fortsetzung des kaiserlichen Patentens vom 27. Mai 1852, wodurch für sämtliche Kronländer des Reiches, mit Ausnahme des Militärgränzgebietes, eine neue Press-Ordnung erlassen wird.

III. Abschnitt. Von den periodischen Druckschriften.

§. 9. Als eine periodische Druckschrift ist jene anzusehen, welche entweder täglich, oder doch zum mindestens ein Mal im Monate, wenn auch in ungleichen Zeitabschnitten, erscheint. Als zugehörige Beilagen anzusehen, die mit demselben gleichzeitig und ungetrennt ausgegeben, und nicht abgesondert im Pränumerationswege oder Einzelverkaufes abgesondert veräußert werden. Dagegen haben alle Blätter, welche sich ihrem Inhalte nach als selbstständige periodische Druckschriften darstellen, und im Pränumerationswege oder Einzelverkaufes abgesondert veräußert werden, auch die Bedingungen des Erscheinens abgesondert zu erfüllen, und sie können sich dieser Verpflichtung durch die Aufnahme eines gemeinsamen Titels nicht entziehen. §. 10. Zur Herausgabe einer periodischen Druckschrift ist eine besondere Bewilligung (Concession) erforderlich. Die Ertheilung derselben steht bei cautionspflichtigen periodischen Druckschriften (§. 13) der obersten Polizei-Behörde, bei den übrigen dem Statthalter des Kronlandes zu. Das diesfällige, durch die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in dem Orte, in welchem die periodische Druckschrift erscheinen soll, bestellte landesfürstliche Behörde einzubringende Gesuch muß enthalten: 1) den Namen und Wohnort des Verlegers, und wenn ein besonderer Herausgeber eintritt, auch desselben; 2) die Nachweisung, daß der Verleger nach den Gewerbsgesetzen zu einer solchen Gewerbsunternehmung berechtigt ist, und im Orte der Herausgabe seinen regelmäßigen Wohnsitz hat; 3) den Namen und Wohnort eines mit den gesetzlichen Eigenschaften versehenen Redacteurs, und wenn mehrere Redacteurs auf dem Blatte genannt werden sollen, den Namen und Wohnort aller; 4) die Nachweisung über die gesetzlichen Eigenschaften jedes auf dem Blatte zu nennenden Redacteurs zur Führung der Redaction (§. 12); 5) den Namen und Wohnort des Druckers; 6) die Bezeichnung (den Titel) der periodischen Druckschrift, die Zeitabschnitte ihres Erscheinens und die Angabe des beabsichtigten Inhaltes (§. 13.) Der Recurs gegen die von dem Statthalter verweigerte Ertheilung einer Concession geht an die oberste Polizeibehörde. Wer von einer erhaltenen Bewilligung zur Herausgabe einer periodischen Druckschrift Gebrauch machen will, hat sich mit derselben, und in dem Falle, wo eine Caution zu leisten ist, über den Erlag der letzteren spätestens acht Tage vor dem Erscheinen des ersten Blattes, bei der für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit daselbst bestellten landesfürstlichen Behörde auszuweisen, und wenn am Orte des Erscheinens ein Staatsanwalt seinen Sitz hat, diesem die Anzeige hievon gleichzeitig zu überreichen. Die Concession kann auch auf eine unbestimmte Zeitdauer verliehen und darf ohne Bewilligung derselben Behörde, die solche verliehen, nicht abgetreten werden. §. 11. Wird diese Ausweisung unterlassen, oder solche von der für

Ordnung und Sicherheit bestellten landesfürstlichen Behörde für nicht vollständig erklärt, so ist die Herausgabe der periodischen Druckschrift von der genannten Behörde bis zur Erfüllung aller gesetzlichen Bedingungen einzustellen. Auf gleiche Weise und unter denselben Folgen eines Versäumnisses ist auch jede, während der Herausgabe einer periodischen Druckschrift eintretende Veränderung an einem der im §. 10 angeführten Erfordernisse, noch vor der weiteren Herausgabe anzuzeigen. Im Falle einer gegen die Verfügungen der gedachten Behörde erhobenen Beschwerde, welche jedoch keine aufschiebende Wirkung hat, steht die Entscheidung dem Statthalter des Kronlandes und im weiteren Instanzenzuge der obersten Polizeibehörde zu. §. 12. Jeder Redacteur einer periodischen Druckschrift muß an dem Orte des Erscheinens wohnhaft, wenigstens vier und zwanzig Jahre alt, und österreichischer Staatsbürger seyn. Auch muß derselbe das freie Dispositionsrecht über seine Person und sein Vermögen, eine tadellose Moralität und jenen Grad wissenschaftlicher Bildung besitzen, welcher die Leitung eines literarischen Unternehmens voraussetzt. Staatsbeamte dürfen sich bei einer Redaction nur dann betheiligen, wenn sie die vorläufige Ermächtigung hiezu von ihrer vorgesetzten Behörde erhalten haben. Personen, die sich in Untersuchungs- oder Strafverhaft befinden, sind während der Dauer ihrer gefänglichen Anhaltung von der Herausgabe und Redaction periodischer Druckschriften ausgeschlossen. §. 13. Für jede periodische Druckschrift, welche, sey es auch nur nebenbei, die politische Tagesgeschichte behandelt, politische, religiöse oder sociale Fragen bespricht, oder überhaupt politischen Inhaltes ist, muß die vorgeschriebene Caution erlegt werden. Auch andere periodische Druckschriften verfallen der Cautionspflicht, sobald wegen ihres Inhaltes oder wegen Uebertretung des gegenwärtigen Patentens eine gerichtliche Verurtheilung erfolgt. Die Entscheidung, ob eine periodische Druckschrift der Cautionspflicht unterliegt, steht im Falle einer dagegen erhobenen Einsprache, dem Statthalter des Kronlandes, und im weiteren Instanzenzuge der obersten Polizeibehörde zu. Die ämtlichen Zeitungen sind von dem Cautionserlage befreit. §. 14. Die Caution beträgt für periodische Druckschriften, welche an Orten von mehr als sechzigtausend Einwohnern oder in deren Umkreise von zwei Meilen erscheinen, zehntausend Gulden G. Münze; in Orten von mehr als dreißigtausend Einwohnern siebentaufend Gulden G. M., in allen übrigen Orten fünftausend Gulden G. M.; für periodische Schriften, welche weniger als drei Mal in der Woche erscheinen, ist nur die Hälfte dieses Cautionsbetrages zu erlegen. §. 15. Die Caution ist nach der Wahl des Erlegers, entweder in barem Gelde, oder in auf Ueberbringer lautenden, in Conventionsmünze verzinslichen kaiserlichen österreichischen Staatsschuldschreibungen nach dem Börsencourse des Erlagstages, jedoch nicht über den Nennwerth berechnet, zu erlegen. Im ersteren Falle wird der Cautionsbetrag nach dem bei dem k. k. Tilgungsfonde bestehenden Zinsfuße verzinst. In jedem Kronlande werden die Casseu besonders bekannt gemacht werden, bei welchen der Erlag Statt zu finden hat. Die Caution wird beim Aufhören des Erscheinens einer periodischen Druckschrift sechs Monate nach Ausgabe der letzten Nummer gegen Vorbringung einer Bescheinigung des betreffenden Staatsanwaltes, daß aus Anlaß dieser

periodischen Druckschrift kein gerichtliches Verfahren anhängig ist, dem Erleger zurückgestellt. §. 16. Die Caution hat für alle aus Anlaß der Druckschrift sammt Beilagen, für welche sie bestellt wurde, verhängten Geldstrafen und für die Untersuchungskosten, ohne Rücksicht auf die Person des Verurtheilten, zu haften. §. 17. Ist durch ein rechtskräftiges Erkenntniß der Verfall der Caution im Ganzen, oder in einem Theile derselben ausgesprochen worden, so haben sich die Betheiligten binnen drei Tagen nach eingetretener Rechtskraft bei der zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bestellten landesfürstlichen Behörde und bei dem Staatsanwalte über die Abfuhr des in Verfall gesprochenen Betrages und der etwa erkannten Kosten des Verfahrens an die Casse, der die Strafen verfallen, auszuweisen; im widrigen Falle verfügt der Staatsanwalt diese Abfuhr aus der Caution ohne weiteres Einschreiten des Gerichts. Ist die Caution nicht im Varen geleistet worden, so wird zu diesem Ende der erforderliche Theil der zu diesem Zwecke erlegten Staatsschuldschreibungen gleichfalls ohne Einschreiten des Gerichtes börsenmäßig veräußert. Auf die gleiche Weise ist auch der Ersatz der Kosten des Verfahrens hereinzubringen. §. 18. Wenn die Caution in Folge der aus derselben verfügten Ersätze vermindert wird, so muß die Ergänzung unter den im §. 11 festgesetzten Folgen binnen längstens drei Tagen ausgewiesen werden. Die im §. 11 festgesetzten Folgen haben auch einzutreten, wenn für die periodische Druckschrift eine Caution nicht bestellt war, und die erkannten Geldstrafen oder der Ersatz der Kosten des Verfahrens nicht binnen drei Tagen erlegt werden. §. 19. Den Herausgebern der gegenwärtig schon bestehenden periodischen Druckschriften wird zur Leistung der Caution nach dem dormalen festgesetzten Ausmaße ein Termin von drei Monaten bewilligt. Diese periodischen Druckschriften werden als ordnungsmäßig concessionirt angesehen, und haben binnen 30 Tagen die im §. 10 von 1 bis 6 angeführten Daten den bezogenen Behörden nachzuweisen. Diese Fristen haben von dem Zeitpunkte zu laufen, von welchem dieses Patent in Wirksamkeit tritt. §. 20. In eine periodische Druckschrift muß jede ämtliche Berichtigung von darin mitgetheilten Thatsachen in das zunächst nach deren Empfang erscheinende Blatt (Nummer) oder Heft kostenfrei aufgenommen werden. Andere Berichtigungen von Thatsachen von Seite der Betheiligten müssen in gleicher Art, jedoch nur insofern unentgeltlich aufgenommen werden, als der Umfang der Entgegnung den Umfang des Artikels, auf welchen sich die Entgegnung bezieht, nicht um das Zweifache übersteigt. Ist dieß der Fall, so sind für die mehreren Zeilen die gewöhnlichen Einrückungsgebühren zu zahlen. Im Falle der Verweigerung ist die Aufnahme durch den Staatsanwalt zu erwirken. Außerdem kann eine periodische Druckschrift, welche Anzeigen (Inzerate) annimmt, auch außer dem Falle besonderer vertragmäßiger Verpflichtungen verhalten werden, auf Verlangen der Sicherheitsbehörde ämtliche Erlasse gegen Vergütung der üblichen Einrückungsgebühren, der nächsten Nummer einzurücken. §. 21. Wird gegen eine periodische Druckschrift ein Strafverfahren anhängig gemacht, so sind über Auftrag der Behörde die in dieser Strafverhandlung ergangenen Verordnungen vollständig und unverändert in dem nächst

zum Rückmarsche, und wird im Laufe der nächsten drei Wochen gänzlich abgerückt seyn.

— Die Fortführung der lombardisch-venetianischen Bahn von Verona nach Bozen ist nun definitiv beschlossen. Die h. Regierung hat das Jahr 1858 als den Zeitpunkt festgesetzt, bis zu welchem diese Bahnstrecke vollendet seyn muß, und werden die bereits früher eingeleiteten Vorarbeiten zur beabsichtigten Verbindung der Punkte Innsbruck und Bozen sogleich festgesetzt werden.

— Die französische Regierung hat, um die Organisation des öffentlichen Unterrichtes, vorzüglich der Volksschulen kennen zu lernen, bei der österr. Regierung das Ansuchen um Mittheilung der Schulverfassungen gestellt, deren Grundzüge bei künftiger Reform des französischen Volksschulwesens benützt werden sollen.

Wien, 3. Juni. Bei der nächsten Versammlung der Abgeordneten des österreichisch-deutschen Postvereins wird der Antrag gestellt werden, das Vereinsporto für Briefe in verhältnismäßiger Weise herabzusetzen.

— Se. Majestät der Kaiser hat abermals einen zarten Ausdruck seines tiefen Gefühles bekräftigt, indem Allerhöchstderselbe durch den Hrn. Generaladjutanten Grafen Grünne dem pensionirten Oberlieutenant v. Leidesdorf, welcher im ungarischen Feldzuge erblindete und ein großer Freund der Musik ist, in einem Schreiben in Kenntniß setzen ließ, daß durch das ganze Jahr hindurch für ihn im Operntheater ein Sperrsiß reservirt sey.

— Ueber die Reise Sr. Maj. in Ungarn ist nach dem amtlichen Theile der „Pesther Stg.“ folgendes Programm festgestellt: Se. Majestät verweilt bis zum 10. Juni in Ofen; am 11. geht die Reise mittelst Eisenbahn nach Szeged, von da über Körös nach Ketskemeth, wo übernachtet wird; am 12. Nach Besichtigung der Truppen, Fortsetzung der Reise über Felegyhaza, Eszengrad und Droschbaza nach Mezöhegyes; am 13. Aufenthalt und Besichtigungen in Mezöhegyes; am 14. Reise über Pecska nach Temeswar; am 15. und 16. Aufenthalt in Temeswar; am 17. nach Arad; am 18. über Simand nach Großwardein; am 19. nach Debreczin; am 20. über Tisza-Füred nach Erlau; am 21. Fahrt nach Gyönghö; am 22. Truppenbesichtigung, sodann Fortsetzung der Reise nach Jászbereny und am 23. Juni Rückkehr nach Ofen.

— Heute sind sechzig k. k. Gardien der k. k. Arcieren- und Trabanten-Leibgarde und der Hofgendarmerie nach Ofen abgegangen, um daselbst am Großleichennamestags in üblicher Weise zu fungiren.

— Aus Wien wird der „Allg. Stg.“ über die bevorstehende Gemeinde-Organisation geschrieben: Im Bereiche der ihrer Reise allmählig näher rückenden neuen Einrichtungen ist die Stelle, welche die Gemeinde innerhalb des Verwaltungs-Organismus einnehmen wird, von hervorragendem Interesse. Ueber die Grundsätze, welche bei den Beratungen über die Regelung der Gemeindeverhältnisse bis jetzt maßgebend geblieben sind, kann ich Ihnen mit einiger Bestimmtheit folgende Andeutungen machen. Den meisten Gemeinden lag, nach dem Gemeindegesetz vom Jahre 1849, die theilweise Besorgung des sogenannten übertragenden (administrativen) Wirkungskreises, ob und man ist bisher allgemein der Ansicht, daß dieser Wirkungskreis durch die neue Organisation würde zurückgezogen werden. Dieß scheint jedoch nicht der Fall zu seyn, da die Regierung geneigt seyn dürfte, Maßregeln anzuwenden, wodurch sie sich, so weit es wünschenswerth erscheint, vollen Einfluß in dieser Angelegenheit wahrt, ohne diese selbst in die Hand zu nehmen, und ohne sich neue Kosten aufzuladen. Man wird nämlich den Gemeinden einen Theil dieses Wirkungskreises belassen, dagegen aber wird sich die Staatsverwaltung vorbehalten, auf die Besorgung der einschlägigen Geschäfte, auf die Ernennung und Bestätigung der Beamten, dann auch die Wahl der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes directen Einfluß zu üben. Aehnliche Bestimmungen sind rücksichtlich der Bildung der Gemeinden und der eigenthümlichen Stellung der großen Grundbesitzer

beabsichtigt. Sie werden bemerken, daß dieser Vorgang kein neuer ist, da man nur Maßregeln, welche vor mehreren Monaten in Oesterreich getroffen wurden, auf die übrigen Kronländer ausdehnen und im größeren Umfang durchführen wird. Die Heranbildung solcher Verhältnisse wird namentlich keinen großen Schwierigkeiten in Städten begegnen, wo schon früher Magistrate sich befanden, welche den delegirten Wirkungskreis besorgten. Es wird sich also nur darum handeln, die alten Uebelstände und Gebrechen der Magistrate zu beseitigen, die durch das Gemeindegesetz vom Jahre 1849 eingetretene Unterordnung derselben unter die Gemeindevertretung auf ein den jetzigen Verhältnissen und dem Ansehen der jetzigen Magistrate mehr entsprechendes Maß zurückzuführen, und letztere in nähere Verbindung mit der Regierung zu bringen. Das Verhältniß der Magistrate zu den Gemeindevertretungen wird auf die nöthigsten Wechselwirkungen beschränkt werden. Ueber die künftige Stellung der Letzteren erfahre ich, daß man sich zur Zeit dem Beschlusse zuneigt, den Fortbestand der Communalvertretung unter gewissen Modificationen auszusprechen. Alle diese Bestimmungen sind natürlich jetzt noch keine definitiven, da die Beratungen noch nicht geschlossen sind.

— Dem erschienenen neuen Strafgesetze werden die Bestimmungen über Stellung abgestrafter Verbrecher unter Polizeiaufsicht und die Anordnung, in wie ferne die Gerichte dabei Einfluß nehmen, in Kurzem folgen.

— Der österreichische General-Consul zu New-York, Hr. Belmont, welcher auf die Dauer der Abwesenheit des österr. Gesandten die allfälligen Mittheilungen an die österr. Regierung befördern wird, hat dießfalls Instructionen von Seite des kais. Cabinets erhalten.

— Die von den Handelskammern der Monarchie abverlangten Gutachten in Betreff des Gesetzesentwurfes über die Wasserrechte sind bereits vollständig eingelangt, und es dürften die Schlussberatungen über diesen Gegenstand nächstens beginnen.

— Wie Briefe aus Paris melden, hat Dom Miguel die Zurückstellung seiner, von der provisorischen Regierung confiscirten Güter verlangt.

— Die im Auslande lebenden französischen Staatsangehörigen sind durch die Gesandtschaften erinnert worden, daß ihre Pässe nur für die Dauer eines Jahres Gültigkeit haben, und daß sie sich nach Ablauf an die französischen Gesandtschaften wegen Erneuerung der Reisebewilligung zu wenden haben.

Deutschland.

Berlin, 1. Juni. Baron v. Heeckeren, den L. Napoleon mit einer Specialmission an den Kaiser von Rußland absandte, war beauftragt, unter Ueberbringung friedfertiger Versicherungen den Kaiser Nicolaus zu einer Erklärung über die Auffassung zu bewegen, welche Rußland bei einer Proclamation des französischen Kaiserreiches geltend machen werde. Baron v. Heeckeren ist von dem Kaiser, wie wir sehr bestimmt erfahren, gar nicht, und von dem Staatskanzler Reschrode nur ein Mal empfangen worden. Es ist sicher, daß von russischer Seite keinerlei vorläufige Anerkennung gemacht, und daß, wenn man aus den obwaltenden Umständen Schlüsse ziehen darf, sie sich eher dahin vereinigen werden, daß die russische Regierung eine Dynastie Napoleon nicht anerkennen werde. (Wand.)

Hambura, 26. Mai. Aus Bremen lief gestern Abend eine Mittheilung ein, über welche zwar noch alle näheren Angaben fehlen, welche aber geeignet ist, die gespannte Aufmerksamkeit neuerdings nach jener Hansestadt zu lenken. Die Polizeibehörde daselbst ist einem Complotte auf die Spur gekommen, das förmlich organisiert ist und dessen Mitglieder angeblich verschworen waren, bei etwa eintretenden polit. Ereignissen gewisse Persönlichkeiten in einer einzigen Nacht zu beseitigen. Am Abend des 24. und am 25. Früh Morgens wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und etwa 60 Personen verhaftet, darunter viele Mitglieder der (demokratischen) Schützengilde. Pulvervorräthe, Pistolen, Dolche, kugelfeste Harnische

u. a. m. sollen aufgefunden worden seyn; auch wurden geschriebene Statuten dieses „Tödtensbundes“ saßirt. Wir müssen uns, bis Gewisseres bekannt wird, jeden Urtheiles enthalten.

Niederlande.

Haag, 23. Mai. Man versichert heute, alle Minister hätten heute ihre Entlassung dem Könige eingereicht, die bereits angenommen wurde. Der König soll das Portefeuille des Innern dem Hrn. Floel, des Aeußern dem Hrn. Lichtenvald, das Kriegsportfolio dem General Stoom van's Gravelande und die Justiz dem Ex-Finanzminister Hrn. van Hall angeboten haben.

Frankreich.

Paris, 25. Mai. Einem Gerüchte zufolge soll Herr v. Morny die Generaldirection der Museen übernehmen, während Herr Nieuwerkerke die Direction der schönen Künste erhalten solle.

Wie man hört, denkt das Gouvernement nicht daran, die Wahlen für die Generalräthe, deren Vollmachten mit dem 21. Mai ablaufen, erneuern zu lassen. Bei der sich mehrenden Zahl derer, die den Eid als Generalräthe verweigern, begreift sich dieses.

Nach Berichten aus Toulon standen drei Dampffregatten im Begriff nach Sicilien unter Segel zu gehen und sich dem Uebungsgeschwader zu Palermo anzuschließen. Das Geschwader soll Mitte August wieder in Toulon zurück seyn.

Es ist die Rede von einem Decrete, welches alle Arbeiten am Sonntag untersagen und die Schließung aller Verkaufsläden am Sonntag und sonstigen höheren Feiertagen verfügen soll.

Wie verlautet, soll der „Constitutionnel“ ehestens einen Artikel bringen, der Europa über die Absichten beruhigen soll, die man dem französischen Gouvernement zugeschrieben, insbesondere aber betreffs Belgiens. Die Parole ist allen ministeriellen Correspondenzen und Organen gegeben, die Kriegsbefürchtungen Europa's zu beschwichtigen.

In den letzten vier Wochen sind dreizehn Provinzialblätter verwarnt worden. Die Blätter im Osten sind am Vorsichtigsten gewesen und davon verschont geblieben. Auch belgische und deutsche Journale sind verwarnt worden, einen andern Ton anzustimmen, wollen sie nicht verboten werden.

Auch Herr Dufaure hat seine Entlassung als Mitglied des Generalraths gegeben.

Man versichert, daß ein neues Gesetz über die Buchhändlerpatente vorbereitet würde, welches den Buchhandel sehr erschweren wird. Ein jeder Buchhändler unterliegt fortan der strengsten Aufsicht und verfällt in schwere Geldstrafen, wenn er gegen die Vorschriften der neuen Gewerbeordnung verstößt. Die Journale unterliegen auch der strengsten Controлле. Ein literarisches Blatt, welches für die Fortsetzung einer Novelle keinen besonderen Stempel genommen hatte, ist zu einer großen Geldbuße verurtheilt worden. — Die Herabsetzung des Abonnementspreises des „Moniteur“, der fortan auch raisonnirende Artikel liefern wird, muß die hiesigen Journale sehr benachtheiligen. Es heißt, daß der „Moniteur“ als officiell Blatt vom Stempel befreit werden soll.

Man glaubt, daß die Debatte des Budgets nicht vor Mitte Juni beginnen kann.

Neues und Neuestes.

Telegraphische Depeschen.

— **Preßburg, 5. Juni.** (Vom k. k. Militär-Districts-Commando Preßburg an das k. k. Ministerium des Innern in Wien.) Preßburg, 5. Juni. Se. k. k. apostolische Majestät haben um 5 Uhr 55 Minuten Morgens unter dem Jubel der an beiden Ufern zahlreich versammelten Bevölkerung aller Stände Preßburg passirt.

— **Zara, 1. Juni.** Der neuernannte Statthalter von Dalmatien, Generalmajor v. Mamula, ist auf einem Lloydampfer hier eingetroffen und festlich empfangen worden. — Nachrichten aus der Herzegovina zu Folge waren in Nevesine 2000 und in Vasko Ternowiza 1000 Mann irregulärer türkischer Truppen eingerückt.

